

# Der Steinarbeiter

Organ des Zentralverbandes der Steinarbeiter Deutschlands

„Der Steinarbeiter“ erscheint einmal wöchentlich am Sonnabend.  
Abonnementspreis durch die Post inkl. Postgeld vierteljährlich 1,20 Mk.,  
Mittlerbandmitglieder haben direkt bei der Post zu bestellen.

Redaktion und Expedition:  
Leipzig  
Seifert Straße 32, IV., Volkshaus  
Telephonamt 7503.

Anzeigen: An Gebühren werden von Privaten 70 Pfg. für die einpaltige  
Preiszeile oder deren Raum berechnet. — Inserate werden nur gegen  
vorherige Einzahlung des Betrages aufgenommen.  
„Der Steinarbeiter“ ist unter Nr. 7528 der Zeitungs-Postliste eingetragen.

Nr. 16.

Sonnabend, den 19. April 1919.

23. Jahrgang.

## Lohnbewegungen.

**Aue (Erzgebirge).** Für die Hartsteinarbeiter kamen nach-  
gehende Zulagen zum Abschluss: vom 15. März an 110 Proz.,  
vom 1. Mai an 115 Proz., vom 1. Juni an 120 Proz.,  
Berlin. Der Stundenlohn für Steinmetzen beträgt  
2,60 M. und für Schleifer 2,40 M.

**Dresden.** Die Verhandlungen wegen einer weiteren  
Leuerungszulage für die sächsischen Sandsteinarbeiter sind  
noch nicht zum Abschluss gekommen.

**Quitzburg.** Der Streik brachte den Kollegen merkliche  
Vorteile. Die Steinmetzen erzielten einen Stundenlohn von  
2,40 M., die Marmorarbeiter erhalten einen solchen von  
2,30 M.

**Ebersbach.** Die Ostdeutschen Hartsteinwerke haben sich  
vor dem Dresdner Schlichtungsausschuss verpflichtet, die ent-  
lassenen Kollegen wieder einzustellen.

**Einbeck.** Die Verhandlungen über unsere Forderungen  
sind bisher resultatlos verlaufen. Etwa zureisende Kollegen  
werden deshalb ersucht, Einbeck zu meiden.

**Essen.** Die Lohnbewegung ist noch nicht beendet. Gesperrt  
sind die Bläse Goldhülle, Hagen, Ehlen und Kolke.

**Herbede (Westfalen).** Die Ruhrkohlenhandsteinerwerke sind  
bis auf weiteres gesperrt.

**Licquig.** Bei der Firma Bruno Merkel sind Lohndiffe-  
renzen ansgebrochen.

**Marktleuthen (Oberfranken).** Die Differenzen mit der  
Firma Bates sind erledigt.

**Meißen I.** Da am 31. März unsere Leuerungszulage und  
Tarif abgelassen war, und die Zulage nur um 5 Prozent er-  
höht werden sollte, wurde am 1. April die Arbeit einmütig  
eingestellt.

**München.** Am 7. April sind sämtliche Kollegen in den  
Streik getreten. Ueber die neuen Zulagen wurde eine Ein-  
igung nicht erzielt.

**Niederbayrische Granitindustrie.** Die Zulagen betragen  
jetzt 100 Prozent. Der Ausgleich für die Verkürzung der Ar-  
beitszeit ist damit inbegriffen.

**Ober-Weilau I.** Die Lohndifferenz bei der Firma Leich  
ist zugunsten der Arbeiter erledigt. Ein Ausgleich für die Ein-  
führung des Achtstundentages wurde ebenfalls geschaffen.

Bei der Firma Thust wurde der Lohnsatz für die Granit-  
steinmetzen und Schleifer, sowie für Marmorarbeiter am  
31. März gekündigt. In Frage kommt für die Firma der  
Reichstarif.

**Odenburg.** Der Streik ist mit gutem Erfolg beendet.  
Steinmetzen erhalten 2,30 M., Stämpfer und Schleifer  
1,90 M., sonstige Arbeiter 1,70 M. Der abgeschlossene Ver-  
trag hat Gültigkeit für den ganzen Kreisstaat einschließlich der  
Städte Wilhelmshaven und Nürtingen.

**Stettin.** Der Streik ist beendet, die Arbeit wurde wieder  
aufgenommen. Bei allen Firmen voller Erfolg.

**Steinwiesen (Oberfranken).** Die Firma Ropp, Granit-  
werk, kündigte sämtliche Steinmetzen als von der Zahlstelle  
berufen, die Entlohnung den Lebenshaltungskosten  
etwas anzupassen. Die Firma lehnte jede Forderung glatt ab.

## Aufruf zur Maiseier.

Die Arbeiterklasse wird in diesem Jahre am 1. Mai eine inter-  
nationale Heerschau abhalten, die nach den langen Kriegsjahren die  
Grundzüge und Gedanken des Friedens wieder pflegen soll. Für die  
deutschen Arbeiter wird die Maiseier diesmal eine erhöhte Bedeutung  
haben, weil wir den Sieg der Revolution über die finsternen  
Mächte der Reaktion feiern können.

Seit 1889 war der 1. Mai der Tag der internationalen Demon-  
stration des Proletariats für Arbeiterlohn und Weltfrieden. Unsere  
Rundgebungen sollten den herrschenden Klassen ins Gewissen reden, die  
Sozialpolitik nicht zu vernachlässigen und eine ernste Friedenspolitik  
zu betreiben. Unter sie sollten nicht minder die Indifferenten und Lauen-  
en unter den Arbeitern selbst den Gedanken der Solidarität der Arbeit  
nahbringen. Sie aufrufen zum organisierten Kampf für den Acht-  
stundentag, für vermehrten Arbeiterschutz und für den Weltfrieden.

Die diesjährige Maiseier wird für den deutschen Arbeiter eine  
Siegesfeier sein: Der Achtstundentag ist durch die Revolution in unserem  
Land verwirklicht und die gesamte Sozialpolitik steht unter dem Ein-  
fluss der Arbeiter. Ihre eigenen Vertreter haben in der Regierung die  
entscheidende Bedeutung, die zur wirksamen Förderung des Ar-  
beiterschutzes nötig ist, und wir haben bereits eine ganze Anzahl von  
Verordnungen mit Gesetzcharakter durchgesetzt, die die Fesseln des alten  
Rechts den Arbeitern abnehmen und wichtige neue Rechte zur Durch-  
führung bringen. Die Sicherstellung des Konsumrechts für alle Ar-  
beitnehmer, die gesetzliche Anerkennung der Vertragsfähigkeit der Ge-  
werkschaften auf dem Gebiete des Arbeiterrechts zeigen den neuen  
sozialistischen Geist, der mit dem Siege der Revolution in die deutsche  
Regierung eingezogen ist.

Auch außerhalb der deutschen Grenzen bereitete die Revolution eine  
soziale Umwälzung und den grundlegenden Fortschritt der Sozial-  
politik vor. In Rußland und in Oesterreich-Ungarn hat die Revolution  
den Achtstundentag gebracht und alle Fesseln, die eine reaktionäre pri-  
viligierte Klasse dem arbeitenden Volke auferlegte, beseitigt. Die sozia-  
listische Reuepolitik der Weltmacht ist dort wie hier das große

Problem, das alle beschäftigt. Die revolutionäre Mut meldet sich jetzt  
in den Ländern des siegreichen Imperialismus der Weststaaten; in  
Italien und Frankreich reden die Arbeiter eine deutliche Sprache;  
Schon meldet die französische Presse von einem Entgegenkommen der  
schon seit langem Regierung in Sachen des Achtstundentages, dieselbe Re-  
gierung, die in den besetzten Gebieten den Achtstundentag der deutschen  
Revolution brutal auslöscht. In England und Amerika marschiert der  
Achtstundentag ebenfalls, auch die neutralen Länder sehen sich unter dem  
Druck der Arbeiter genötigt, den Normalarbeitstag des Proletariats  
anzuerkennen. Das ist der Sieg auf der ganzen Linie.

Nicht ganz so zuversichtlich ist das Problem des Weltfriedens zu  
beurteilen. Die Hoffnung der Arbeiter aller Länder, sie würden den  
lange drohenden Krieg verhindern und den Weltfrieden sichern können,  
wurde durch den Ausbruch des Weltkrieges zerschmettert. Während  
dieses schrecklichsten aller Kriege, der Irzinn und Wahnsinn zum obersten  
Gesetz des menschlichen Handelns erhob und Verbrechen auf Ver-  
brechen häufte, wurde die Idee des Weltfriedens, der neuen Hoffnung  
einer neuen Menschheit. Was das sozialistische Proletariat seit 1889  
alljährlich am ersten Maitage förmlich verlangt hätte, wurde selbst von  
den herrschenden Klassen aller Länder mehr oder weniger offen als die  
einzig möglich erscheinende Rettung anerkannt.

Selbst die Vertreter des siegreichen Imperialismus haben sich un-  
willig zwar, schließlich mitreißend lassen müssen. Lange genug haben  
sie in den Pariser Beratungen den Plänen des Präsidenten Wilson  
Widerstand geleistet und auch heute noch besteht kein Zweifel darüber,  
daß insbesondere die herrschende Klasse Frankreichs den Weltfrieden  
nur insoweit wünscht, als er ihr die Herrscherstellung zu sichern und die  
Gewalt über die besiegten Völker zu geben vermag. Der Entwurf, der  
aus den Beratungen in Paris hervorgegangen ist und der Welt mit-  
geteilt wurde, zeigt gar zu deutlich diese Spuren eines nachhungrigen  
Imperialismus.

Diese Söhngen eines Völkerverbundes sind nicht geeignet, die Ar-  
beiterklasse zu befriedigen. Sie sind noch völlig ungenügend und in  
ihrer bisher bittantgegebenen Gestalt auch unannehmlich. Von jedem der  
Welt zu führen. Nur unter dem Einfluss der Arbeiterklasse wird ein  
Völkerverbund entstehen können, der den wirklichen Frieden und an Stelle  
von Ausbeutung und Völkerverhaß den Geist der Solidarität und Bruder-  
liebe den aus Tausenden Wunden blutenden Völkern bringt.

Daß die Arbeiter trotz der Wirren des Krieges diesen Geist noch  
pflegen, hat die internationale Gewerkschaftskonferenz in Bern im Fe-  
bruar d. J. klar und deutlich gezeigt. Hier tagten zum erstenmal seit  
Ausbruch des Krieges Vertreter der Gewerkschaften beider krieg-  
führenden Gruppen und der Neutralen. Kein Wort der Zwietracht hörte  
die Verhandlungen, die zu einstimmig gefassten Beschlüssen führten. Die  
Berliner Gewerkschaftskonferenz forderte einen Völkerverbund der Gerechtig-  
keit und des Rechts, einen Völkerverbund der menschlichen Solidarität.  
Und sie forderte einen beschleunigten Ausbau der internationalen Ar-  
beiterschutzes, der die Regeneration der Völker fördern und die  
erste internationale Grundlage für den Sozialismus als System der  
Weltwirtschaft schaffen soll.

Gerade diese Forderungen müssen wir bei der diesjährigen Maiseier  
in den Vordergrund rücken. Die internationale Durchführung  
und Förderung des Arbeiterschutzes wird um so mehr zum Brennpunkt  
der Arbeiterforderungen, je mehr unser Einfluss auf Gesetzgebung und  
Verwaltung in den einzelnen Ländern steigt. Und der internationale  
Charakter der Maiseier wird mit besonderer Schärfe dadurch unter-  
strichen, daß überall in der Welt, wo an diesem 1. Mai sich die Prole-  
tarier versammeln, der internationale Arbeiterschutz und der Völkerver-  
bund Gegenstand ihrer Beratungen und Forderungen wird.

Nur uns in Deutschland bleibt noch die Ehrenpflicht, unserer in  
freier Kriegesgefangenschaft schmachtenden Volksgenossen zu gedanken.  
Zur Sklaverei hat der heftigste französische Chauvinismus unsere  
Kriegesgefangenen verurteilt. Wir haben in Bern dagegen protestiert  
und von den Gewerkschaftsvertretern Frankreichs und Englands die  
Anfrage erhalten, daß sie gegen diese brutale Verurteilung unserer Kriegs-  
gefangenen vorgehen werden. In diese Verprechen müssen wir sie am  
1. Mai, am Tage der Arbeit, erinnern und die Erwartung aussprechen,  
daß die Arbeiter Frankreichs und die Arbeiter Englands die Entzwei-  
elung bekämpfen, in die ihre herrschenden Klassen Angehörige unseres Volkes  
geschleppt haben.

Daß der 1. Mai in diesem Jahre überall in Deutschland durch  
Arbeitsruhe gefeiert wird, ist selbstverständlich. Heute hat das deutsche  
Proletariat die Macht, den 1. Mai in einem feierlichen Tag der Arbeit zu  
gestalten, und es muß von dieser Macht einmütig Gebrauch machen.  
Daher Arbeiter, Gewerkschaftler, auf zur Maiseier 1919. Setzt  
dafür, daß dieser Tag zu einer massenhaften Kundgebung für den Völkerver-  
bund, den Weltfrieden, für Arbeiterschutz und Sozialismus in der  
ganzen Welt wird.

Die Generalkommission der Gewerkschaften Deutschlands.

## Massenquartiere.

Unser Volk muß den Leidensstock bis zur Reize leeren. Das  
drohende Gepein einer Wohnungsnot mit allen überlieferten Bei-  
gaben, wie Unbilligkeit, Wohnungsnot, Gefahr von epidemischen  
Krankheiten, tritt von Tag zu Tag immer näher. Eine För-  
derung erhält dieser Vorgang durch den übergroßen Mangel an  
Baumaterialien und übermäßige Verteuerung derselben. Kostete  
vor dem Kriege das Tausend Bauereisen (ab Lager in Berlin)  
18 Mark, so beträgt jetzt der Preis 80 bis 100 Mark.  
In so ähnlicher Art haben alle übrigen Baumaterialien, wie Kalk,  
Zement, Holz usw., eine Preissteigerung erfahren. Auch der Bau-

grund und die Löhne sind bei der allgemeinen Preissteigerung  
nicht zurückgeblieben. Man wird zwar den Bauarbeitern das  
Zeugnis nicht versagen können, daß sich ihre Löhne zu den Steige-  
rungen der Lebensmittelpreise noch in gemäßigten Grenzen be-  
wegen. Jedoch welcher Unternehmer oder Privatmann wagt sich  
unter solchen Umständen zu bauen? Auch die Bauzuschüsse und  
Unterstützungen der Staats- und Gemeindebehörden mahnen zur  
Besicht und veranlassen die Bauinteressenten, sich eine Zurückhal-  
tung aufzulegen. Es ist auch gar nicht angenehm, daß durch  
die bedauerliche Freigabe von Dachgeschoss- und Kellerräumen zu  
Wohnungszwecken sowie durch zwangsweise Teilung von größeren  
Wohnungen der Wohnungsbedarf zu Boden wäre. Wie sehr die  
Wohnungsnot steigt, ist aus der Anzahl je nach Wohnungen und  
der Wohnungssuche in den Inseratenteilen der Tagespresse zu  
ersehen; wo schon 200 bis 500 Mark für den Nachweis  
einer Wohnung geboten werden. Wenn vereinzelt Ge-  
meindebehörden sich schon jetzt die Extravaganzen erlauben, sich  
durch Strafverbote gegen den Zugang von auswärtigen zu schützen, um  
dadurch der örtlichen Wohnungskatastrophe zu entgehen, so ist das  
ein Fortschritt und damit für die Allgemeinheit wenig erfreulich. Die  
Anwendung solcher brutaler Gewaltmittel wird dadurch für andere  
Orte um so mehr zu einem Verhängnis.

Vor allem fehlen Kleinwohnungen mit zwei Zimmern und  
Küche sowie auch mit einer Stube, Kammer und Küche. In diesem  
Stand der Dinge hat man jetzt erst einmal die Frage zu prüfen,  
ob es durch den Bau von Kleinhäusern und Wohngruppen  
gebäuden in kurzer Zeit möglich ist, den dringenden Wohnungs-  
bedarf zu befriedigen? Bei ehelicher Überzeugung muß das ver-  
neint werden. Solche Gebäude lassen sich nicht aus dem Boden  
stampfen. Bei aller sparsamen Bauweise und bei allen möglichen  
Vorbereitungen der Baugrundstücke sollen doch keine Gebäude  
fertiggestellt werden, die für kleines Geld durch Mißbrauch gleich  
den Wein des Verfalls in sich tragen. Im übrigen darf nicht ver-  
gessen werden, daß bei einer jeden solchen Baufertigstellung auch  
ein Trockenprozess für den Rohbau und nach der Fußbodenführung  
erforderlich ist. Diese Trockenzeiten sind in den einzelnen Orten  
oder Bundesstaaten nicht gleich und betragen oft bis 8 Wochen.  
Das sind nicht zu unangehörige Maßnahmen, denn feuchte Woh-  
nungen bilden eine ständige Gefahr von Krankheiten.

Um einer katastrophalen Obdachlosigkeit für einen Teil der  
Bevölkerung vorzubeugen entgegenzutreten, wird man auch, wie im  
Jahre 1873, sofort zum leichteren Bau von Notbehelfen greifen  
müssen, und das sind Massenquartiere oder Wohngruppengebäude.  
Daß man in der Erwartung der Dinge sich schon jetzt ernstlich  
darauf eingerichtet hat, ist aus dem „Erlaß betr. Wohnungsord-  
nungen“ vom 6. Dezember 1918 des Staatskommissars für Woh-  
nungsangelegenheiten zu ersehen, worin auch der „Entwurf  
einer Polizeiverordnung betr. Unterbringung von Arbeitern in  
Massenquartieren“ vorgezeichnet ist. In solchen Quartieren ge-  
hören: Arbeiterquartiere, Arbeiterkassen, Heime für Arbeiter  
und Arbeiterinnen (§ 1), wobei auch die eventuelle Heberbergung  
von Familien mit in Betracht kommt (§ 8). Wie hieraus zu ent-  
nehmen, hat man für diese Wohnungsnotmöglichkeiten die Bezeichnung  
„Karaden“ gewählt — als unpopulär verstanden, ohne von der  
technischen Form oder Ausgestaltung beachtenswert abzuweichen.

Wie die Entwicklung des Wohnungsnotens des Reichens von  
der Zeit der Höhlenbewohner bis zur modernen Arbeiterwohnung  
und den komfortablen Räumen der bürgerlichen Kreise sich zeigt,  
so hat auch das Massenquartier oder die Wohngruppengebäude eine  
Umgestaltung durchmachen müssen. Wie geschichtlich dargestellt  
wird, sind Karaden aus Brettern, Flecken, Laubwerk, Stroh usw.  
für bestehende, leichte, für momentanen Gebrauch angefertigte  
Hütten oder Häuser, besonders Feldhütten, schon bei den Römern  
gebräuchlich gewesen. Seit der französischen Revolution sind sie  
an Stelle der früheren geräuchlichen Hütten in Stablagern ge-  
treten. Daher Karadenlager. In Festungen nennt man Karaden  
leicht gebaute Kasernen. Bei den amerikanischen und englischen  
Gewerkschaften soll die Kasernierung vielfach in Karadenlagern vor  
sich gehen. Karaden dienen heute als Unterlunftsquartiere für  
Truppen, für Arbeiter bei Fabriken, bei großen, abseits von Or-  
tschaften durchzuführenden Tief- und Hochbauten sowie zur Unter-  
bringung von Kranken (Kasernen- und Lazarettkaraden) und zur  
Warenlagerung. Wie Lueger in seiner Arbeit „Das Kranken-  
haus“ so interessant darzustellen weiß, sind schon Mitte des  
18. Jahrhunderts in England einzelne zu einem Pavillon oder  
Modulsystem zur Anwendung gekommen. Diese Entwicklung ist  
dann in Frankreich weiter gefördert, wobei auch die Erfahrungen  
daraus, in dem nordamerikanischen Bürgerkrieg 1862 und den  
danachfolgenden deutschen Kriegen (1861, 1866 und 1870/71) ge-  
macht wurden, zur praktischen Verwertung kamen. Diese Karaden  
bestanden in leichten, einstufigen, zerlegbaren Gebäuden, mit je  
einem großen Saal zu 30 und mehr Betten und den nötigen Neben-  
räumen. Diese Hallen, wobei das Dach gleich die Raumdecke  
bildet, ermöglichten zur Ventilation nach oben und somit leicht eine  
Sukzession. Man hat deshalb, um die erkrankten Kranke zu ver-  
merken, versucht, nach diesem System solche Bauten zu ver-  
schiedenen Zwecken anzuführen. Die Wohngruppengebäude sind ein  
Produkt dieser Entwicklung, wobei auch das Modulsystem (mit mög-  
lichsten zusammenhängenden Gebäuden) zur Ausnutzung der in  
allererster Reihe der wohnungsbedürftigen Erbschaften zur Ver-  
fügung stehenden Terrains zur Anwendung gebracht werden kann.

In dem amtlichen Organ „Die wirtschaftliche Demobilisation“  
vom 11. März d. J. wird auf die zerlegbaren und transportablen  
Gebäude als Karaden hingewiesen. Man rühmt diesen Bauten  
eine große Lebensdauer nach. Demnach werden auch die zerlegbaren  
Wohngruppengebäude nach einer Zeit von Jahren und möglichen  
Umbau zu Wohnräumen zu verwenden sein.

Bei den Wohngruppen als Behelfe der Massenunterkunft  
müßte man zu unterliegenden hohen Stellen der Unterbringung von  
Einzelpersonen und von Familien. Bei der Industrie und bei  
Karaden ist für die dort in Betracht kommenden Bauarbeiten  
Personen, die Trennung der Geschlechter durch besondere Vor-  
gebäude streng durchzuführen. Die „Wohngruppen“ mit ihren  
Zweckzwecken usw. ist keine vorläufige Einrichtung. Die  
Zweckzwecke als Wohngruppen, wie sie im Laufe des Jahres  
wird auch von den Wohngruppenkaraden, wie sie im Laufe des Jahres  
für die Industrie und bei Bauten, mit ihren großen Säulen, mit  
30 bis 40 Personen zum Wohnen und Schlafen sehr dicht unter-  
gebracht werden, zu legen sein. Im allgemeinen ist die Unter-  
bringung mit zwei oder vier zusammenwohnenden Personen zu erwei-  
schen. In den Räumen kann bei einer solchen Personenzahl in



gedrungen. Die Normenkommission beschloß, die geringste Stärke beträgt 10 Zentimeter, die geringste Länge 1 Meter, die geringste Breite 75 Zentimeter. Die Oberfläche muß vollkommen eben gestockt sein und geradlinige Ranten aufweisen. Die Seitenflächen müssen auf 4 Zentimeter Tiefe winklecht bearbeitet, die untere Seite kann bruchrauh sein. Wir glauben, daß sich die direkten Bruchrauhflächen bei diesen Platten nicht einbürgern werden, es wird daran festzuhalten sein, daß ein Abboffern erfolgt. Natürlich muß dem Steinwegen diese Mehrarbeit auch bezahlt werden. Wenn die Bürgersteigplatten ungleich in der Stärke sind, dann werden die verletzten Platten bald anfangen zu rutschen, die Trottoire müssen wieder aufgerissen, und das Verlegen muß abermals vorgenommen werden. Zulezt aber hat die Steinindustrie den Schaden, weil die Behörden dann mehr auf den künstlichen Mattenbelag zurückgreifen werden.

Wir finden es unbegreiflich, daß in dieser Sitzung die Steinindustrie so ungenügend vertreten war. Unseres Wissens war nicht ein einziger Praktiker aus der Industrie anwesend. Die Steinbruchbesitzer scheinen der Sache nicht die genügende Bedeutung entgegenzubringen. Recht bedauerlich war es insbesondere, daß Herr Landesbaurat Freyhebt-Wolff auch noch verhindert war, sich an den Beratungen zu beteiligen; dieser Herr beherrscht in sachkundiger Weise die Materie, weil er sich als Leiter der Granitwerke der Provinz Posen große Fachkenntnisse aneignen konnte.

### Zum Streik in München.

Die Steinarbeiter Münchens befinden sich seit dem 7. April im Streik. Durch den Abschluß eines Tarifvertrages im Baugewerbe, der Anfang März stattfand und den Bauarbeitern die Umrechnung von 48 auf 44 Stunden und eine Leistungszulage von 15 Pf. pro Stunde zugestand, war der Lohn der Steinarbeiter, welcher zur Zeit 1.55 M. pro Stunde beträgt, im Durchschnitt um 30-40 Pf. niedriger als der der Bauarbeiter. Schon durch die erste Umrechnung im Dezember vorigen Jahres auf 48 Stunden waren die Steinarbeiter stark im Nachteil, da bei den Bauarbeitern von 56 auf 48, bei den Steinarbeitern nur von 52 auf 48 Stunden umgerechnet wurde.

In Anbetracht dessen und da der Beruf der Steinarbeiter wohl einer der schwersten und ungesundesten ist, Durchschnittslohn 42-36 (M.), stellte der Verband der Steinarbeiter am 8. März die Forderung der 44stündigen Arbeitswoche und einer Leistungszulage von 35 Pf. pro Stunde, rückwirkend bis 1. März und gültig bis zum Abschluß des Tarifvertrages.

Bei den Unterhandlungen betr. dieser Forderung ließen sich die Arbeitgeber herbei, 15 Pf. Leistungszulage pro Stunde, rückwirkend bis 1. März, zu bezahlen, bestanden aber darauf, die 48-Stunden-Arbeitswoche einzuhalten.

Die Steinarbeiter lehnten dieses Anerbieten als zu niedrig entrißt zurück, da sie dann immer noch niedriger bezahlt gewesen wären, als der schlechteste Bauarbeiter.

Auf diese Stellungnahme der Steinarbeiter zogen die Arbeitgeber ihr Anerbieten vollständig zurück mit dem Bemerkten, daß der Tarifvertrag noch bis zum 1. April 1919 laufe und vor dieser Zeit keine neuen Forderungen, wie dies eine Zeit lang, angängig waren. Also wären die Steinarbeiter sozusagen gezwungen, um eine in der jetzigen Zeit wirklich als Hungerlohn zu bezeichnende Bezahlung zu arbeiten, bloß weil es den Arbeitgebern gefällt, eine nur geringe Forderung, die noch dazu die Möglichkeit zu einem ruhigen Abschluß der im Gange befindlichen Tarifverhandlungen bot, einfach als Tarifbruch hinzustellen.

Um dem Vorwurf eines Tarifbruches zu entgehen und den möglichst baldigen Abschluß des Tarifvertrages herbeizuführen, zogen die Steinarbeiter ihre Forderung betr. 44-Stunden-Arbeitszeit und 35 Pf. Leistungszulage zurück und schloßen die Tarifverhandlungen ein mit dem Hinweis, daß der Tarif bis zum 5. April abgeschlossen sein müsse.

Die Arbeitgeber fanden in einem Brief diese Forderung wegen der „Polizeifrage“ zu kurz und verdrückten die Steinarbeiter auf später (ohne Angabe eines Datums) wohl mit der Erklärung, die bei den statuz. Angelegenheiten Unterhandlungen getroffenen Vereinbarungen rückwirkend bis zum 1. April gelten zu lassen.

In der am Sonntag, dem 6. April, im Restaurant „Müllerbad“ stattgefundenen überfüllten Versammlung der Steinarbeiter wurde gegen 1 Stimme der Beschluß gefaßt, die Arbeit niederzulegen mit dem Hinweis, sich nicht mehr länger an der Nase herumführen zu lassen und endlich einmal geregelte Verhältnisse zu schaffen und so auch den Steinarbeitern einen der Zeit angemessenen Lohn zu sichern.

### Beendete Lohnbewegung der Steinarbeiter Berlins.

In einer am Sonntag, dem 6. April stattgefundenen Versammlung berichtete die Tarifkommission über das Ergebnis der letzten Verhandlung mit den Unternehmern, welche uns folgende Zugeständnisse machten:

1. Einführung der allgemeinen Lohnarbeit, des Einheitslohnes und der Lohnzahlung am Freitag.
2. Einbeziehung der Frauen in das Tarifverhältnis.
3. Die Arbeitszeit beträgt 8 Stunden täglich, wöchentlich 48 Stunden einschließlich etwaiger Ueberstunden; diese werden mit 80 Prozent Zuschlag vergütet. Schluß der Arbeitszeit an den Sonnabenden 1/2 Stunde früher, an den Tagen vor den hohen Feiertagen 1 1/2 Uhr mittags bei Fortfall der Frühstückspause, jedoch bei voller Lohnzahlung.
4. Auslösung nach außerhalb 8 M. pro Tag einschließlich Sonntage.
5. Das benützte Fahrgehalt nach den Bauten.
6. Umkle- und Speiseräume, die wöchentlich mindestens einmal gereinigt werden müssen. Verschleißbare Spinde, Wasch- und Heizgelegenheit.
7. Wasserdichte Schürzen für jede Maschine.
8. Ausschalten der Zwischenunternehmer durch ein tarifliches Verbot: a) für Arbeitgeberarbeiten an Zwischenunternehmer zu vergeben; b) für Arbeitnehmerarbeiten bei Zwischenunternehmern anzunehmen.
9. Die Stundenlöhne betragen vom 1. April ab für Steinmetzen 2.60 M., für Schleifer, Fräser, Dreher 2.40 M.; für Anfänger in der Schleiferei im ersten Halbjahr 1.70 M., im zweiten Halbjahr 1.85 M. und im dritten Halbjahr 2 M. für Fräser im ersten Halbjahr 0.90 M., im zweiten Halbjahr 1.20 M. und im dritten Halbjahr 1.40 M. Der Tarif gilt vom 1. April bis 30. September bei biernöchtlicher Kündigung. — Abgelehnt wurde die Einbeziehung der Hilfsarbeiter, Jugendlichen und Lehrlinge in das Tarifverhältnis. Jedoch wurde durch den Gesellenausfluß erzwungen, daß die Lehrlinge nicht mehr, wie bisher, 4 Jahre, sondern nur noch 3 Jahre zu lernen brauchen. Auch die Kostfrage wurde geregelt. — Trotzdem in der Diskussion sich ein Teil der Kollegen auf den Standpunkt stellte, daß diese Zugeständnisse bei der jetzigen wirtschaftlichen Lage viel zu gering seien und wir entweder sofort die Arbeit niederlegen oder ohne Tarif arbeiten sollten, um mehr herauszuschlagen zu können, war die Mehrheit doch davon überzeugt, daß augenblicklich wohl nicht mehr erreicht werden könne. Die Zugeständnisse, die nach viermaliger Verhandlung gemacht seien, und wohl nicht so ohne weiteres von der Hand zu weisen. Unsere Hauptforderung: Einführung des allgemeinen Tagelohnes, auch für die Bauarbeiterbranche, ist erfüllt. Auch ist unsere Forderung betreffend der Frauen bewilligt. Ist es uns auch nicht gelungen, die Hilfsarbeiter in das Tarifverhältnis aufzunehmen (das nächste Mal muß es uns gelingen), so muß eben versucht werden, die für dieselben geforderten Löhne bei den einzelnen Unternehmern herauszuschlagen, was uns zweifellos auch gelingen wird. Des Weiteren sind die Stundenlöhne bei den Steinmetzen um 48 Pf., bei den Schleifern um 45 Pf. erhöht worden. Der Tarif ist nur auf 3 Jahre abgeschlossen. Sind dann die Verhältnisse für uns günstiger, dann können wir das, was wir jetzt nicht erreicht haben, nachholen. Folgende Resolution wurde mit 108 gegen 76 Stimmen angenommen: Die am 6. April im Gewerkschaftshaus tagende stark besuchte Versammlung der Steinarbeiter Berlins ist mit dem Ergebnis der Verhandlung der Unternehmer nicht in vollem Maße zufrieden und läßt in Anbetracht der wirtschaftlichen Lage der Steinarbeiter ein weiteres Entgegenkommen erwarten. Um jedoch

den Frieden im Gewerbe zu erhalten, beschließt die Versammlung, den zwischen der Steinmetzindustrie und dem Verband der Steinmetzgewerkschaft sowie der Kommission des Steinarbeiterverbandes getroffenen Vereinbarungen ihre Zustimmung zu erteilen.

Die Versammlung stimmte der Angliederung des neu zu errichtenden paritätischen Arbeitsnachweises an den der Stadt Berlin zu. Als Vermittler wurde Kollege Winkler in Vorschlag gebracht und gewählt.

Die Versammlung am 1. Mai findet im großen Saal des Gewerkschaftshauses, vormittags 10 Uhr, statt. Hierzu wurde beschloßen, daß als Referent ein Mitglied der U. S. P. geladen werden soll.

### Der Arbeitsmarkt bessert sich.

Die günstige Lage auf dem Arbeitsmarkt hat in der letzten Woche angehalten. Allgemein ist ein Rückgang der Arbeitslosen zu verzeichnen, der männlichen Arbeitskräfte zu verzeichnen, aber auch auf dem weiblichen Arbeitsmarkt hat in einigen Teilen des Reiches ein nicht unerheblicher Rückgang der Beschäftigungslosigkeit eingeleitet.

Die Marktlage für männliche Arbeitskräfte in der Industrie ist im großen und ganzen gleichgeblieben. In der Eisen- und Metallverarbeitung sowie der Industrie der Maschinen ist, mit wenigen Ausnahmen abgesehen, überall nur geringe Arbeitslosigkeit vorhanden, trotzdem sich fast durchgängig ein Rückgang der Arbeitslosen eingestellt hat. Die Besserung im Baugewerbe dauert fort; die Nachfrage nach Mauern und Zimmerleuten ist erheblich gestiegen und konnte zum Teil kaum befriedigt werden, während der Ueberfluß an Malern, Gipsern und Glazern noch recht beträchtlich ist. Sehr groß ist noch immer der Bedarf an Schuhmachern und Schneidern, auch in der Holzindustrie werden noch wie vor Schneider und Stellmacher in größerem Umfang gesucht. Dagegen ist im Nahrungsmittelgewerbe, im Holz- und Schankwirtschaftsgewerbe, in den graphischen Berufen, bei den Friseurn und ungelerten Arbeitern aller Art eine Besserung der Marktlage noch immer nicht eingetreten. Allerdings liegen hier die Schwierigkeiten bei der Vermittlung sehr oft in dem Verlangen der internationalen Verchiebung. Die Veruche, Arbeitskräfte nach anderen Orten überzuführen, scheitern in der Regel sogar, wenn es sich nur um nachrückende Verchiebungen handelt. Die Gründe hierfür sind insbesondere die Anhänglichkeit an den heimischen Boden, das vor allem in der Landwirtschaft stark zutage tritt, die Schwierigkeiten des Umzuges, vor denen hauptsächlich die Vertriebenen zurückbleiben, der Wohnungsmangel und die Ernährungsnot. In vielen Fällen kann eine Verlegung offener Stellen durch Hinzuziehung fremder Arbeitskräfte lediglich wegen mangelnder Wohnungsverhältnisse nicht erfolgen. Auch wird aus den verschiedensten Gegenden gemeldet, daß die Ernährungsnot die eigentliche Hemmnis bei der Arbeitsvermittlung darstellt.

Die Unterbringung Arbeitsloser bei Kostlandsarbeiten hält an. In einzelnen, besonders überwiegend ländlichen Gegenden wird es in Kürze möglich sein, vielleicht den weitaus größten Teil der Erwerbslosen bei Kostlandsarbeiten zu beschäftigen.

Der Arbeitsmarkt der kaufmännischen Angestellten zeigt ebenfalls eine anhaltende Besserung. Fast überall ist ein geringer Abgang bei den Arbeitslosen bemerkbar, dafür steigt jedoch die Arbeitslosigkeit der weiblichen Angestellten noch immer leicht an, wenn auch bereits ein gewisser Stillstand zu verzeichnen ist.

Auf dem weiblichen Arbeitsmarkt ist mit einem Rückgang der Stellengänge eine Zunahme der offenen Stellen Hand in Hand gegangen. Dies trifft weniger auf die ungelerten Fabrikarbeiterinnen, als auf die gelernten Näherinnen, Bügelinnen und Modistinnen, auf das Haus- und Küchenpersonal und schließlich auf die weiblichen Arbeitskräfte in der Landwirtschaft zu, wo der bereits recht spürbare Mangel noch verstärkt worden ist.

### An die Zahlstellenverwaltungen!

Sorgt für eine pünktliche Kassierung der Verbandsbeiträge. Eine geordnete Zahlstellenverwaltung soll das Restantenunwesen nicht aufkommen lassen. ::

### Die Aussichten für die deutsche Valuta.

Infolge des schlechten Standes der deutschen Mark im Ausland, müssen unsere Granitschleifereien für die einzufließenden Rohstoffe das fünffache des Friedenspreises anlegen. Bedeutende Köpfe haben die Valutafragen eingehend behandelt, ohne am Valutastand etwas geändert zu haben.

Geheimrat Norden vom Reichsfinanzamt hat für die Zeitiger Wustermesse, deren wirtschaftsstatistischer Beirat er ist, einen bedeutsamen Artikel geschrieben, in dem er bezüglich der Aussichten der deutschen Valuta zu folgenden Ergebnissen gelangt: Wird damit begonnen, durch Lebensmitteleinfuhr, die freilich zunächst verhältnismäßig klein sein werden, den ersten Ueberdruck der Produktionssteigerung und des Produktionsausfalles zu mildern, so kann das, selbst wenn wir damit gleichsam einen weiteren Teil unserer Nationalvermögens verheeren, auf den inneren Wert der Marknoten einen günstigen Einfluß ausüben. Die Wirkung muß günstig sein, wenn die neuen Kräfte, die der Volkswirtschaft zuzuführen sind, in Arbeit und Güter umgewandelt werden. Daraus hängt für unsere Valuta, ja noch mehr als für unsere ganze Zukunft, sehr viel ab. Ueber die Mangordnung, in der die Güterproduktion vor sich gehen muß, ist etwa folgendes zu sagen: Zunächst müssen die Lebensmittel- und Wagnersubstanzen Tag und Nacht mit äußerster Anspannung arbeiten, um die Transportmittel auf eine ausreichende Höhe zu bringen. Sodann muß die Kohlenförderung und der Erzabbau aufs äußerste gesteigert werden, selbst auf die Gefahr hin, daß wir späteren Generationen damit Lasten des Weltkrieges aufbürden. Weiter ist die Fabrikation künstlicher Düngemittel mit allen zu Gebote stehenden Mitteln zu beleben, damit der ausgemergelte Boden Früchte tragen kann. Ferner sind der Landwirtschaft selbst zahlreiche Arbeitskräfte zuzuführen, und mit deren Hilfe muß die rationellste Kultur getrieben werden — nicht intensiv oder extensiv — sondern intensiv und extensiv. Nach der Landwirtschaft sind dann diejenigen Industriezweige durch Zuteilung von Arbeitskräften und Kohlen zu begünstigen, die ohne die Einfuhr fremder Rohstoffe Ausfuhrwaren herstellen können. Hierzu gehören verschiedene Industrien, deren Verkaufsmittelpunkt die Lebzügler Wustermesse ist, somit in erster Reihe die keramische Industrie. Wird in der vorgeschlagenen Weise vorgegangen, so dürfte, vorausgesetzt, daß wir zu genügenden Lebensmitteln und zum Frieden kommen, es gelingen, den Preis der Reichsmark und damit die Kaufkraft des deutschen Geldes zu heben. Eine gleiche Wirkung erwarten wir von den in der Vorbereitung befindlichen Steuererlassen, die die sogenannte zusätzliche Kaufkraft besitzen sollen. Arbeit, Fleiß und richtige Organisation sind die Schlüssel, die uns aus der Tiefe zur Höhe tragen können.

### Aufruf der Berliner Steinbildhauer.

In der „Bildhauerzeitung“ lesen wir folgenden Aufruf: Wieder einmal ist der geschlossene Uebertritt zum Deutschen Holzarbeiterverband oder die Frage: Ist es für die einzelnen Branchen richtiger, sich anderen ihren Besonderheiten mehr zu jagenden Verbänden anzuschließen? heftig geworden. Unter anderem beschäftigte sich damit der Branchenverband der Berliner Steinbildhauer am 3. d. M. Alle anwesenden Kollegen waren der Meinung: bleibt der Zentralverein der Bildhauer nicht mehr bestehen, dann kann nur der Steinarbeiterverband für uns Bildhauer in Frage kommen. Vor allem wurde auf das Zusammenarbeiten mit den Steinmetzen bei der Zusammenfassung der bestehenden oder kommenden Betriebsräte hingewiesen, auch sei es selbstverständlich, daß Vertreter ein und desselben Materials auch einem Verbände anzugehören haben. Einstimmigkeit herrscht auch darüber, daß die Gewerkschaften auch fernerhin nur als Kampforbitrationen zu betrachten sind, während bekanntlich bei früheren Uebertrittsdebatten die Arbeitslosenunterstützung eine große Rolle

spielte. Die Berliner Steinbildhauer müssen natürlich, wie alle anderen in der Uebertrittsfrage nicht bestimmend sein kann im das ganze Reich. Sie beauftragten deshalb ihre Kommission, Erhebungen darüber anzustellen, wie die Kollegen im allgemeinen darüber denken. Da aber durch den Krieg alle Verbindungen gerissen sind, hielt die Kommission diesen Aufruf als den besten Weg, mit den Kollegen Fühlung zu bekommen. Die Kommission ist deshalb, die Kollegen der Steinbranche in ganz Deutschland möchten zur Uebertrittsfrage Stellung nehmen und uns ihre Ansicht darüber bekanntgeben. Vor allem aber bitten wir, samstags den 6. Uebertritt der Branchen-Obmänner Unterzeichnetem zu antworten.

Mit kolleg. Gruß  
Alfred Peter, Obmann der Branchenkommission der Berliner Steinbildhauer, W 35, Lützowstr. 98.

### Korrespondenzen.

**Krankd i. Thür.** Nach dem hier in den 4 1/2 Jahresjahren die Gesetze stillgelegt, weil sämtliche Kollegen und ein Teil der Meister zum Heere eingezogen waren, war unsere Zahlstelle eingegangen. Die hier anwesenden Kollegen sind alle wieder zurückgekehrt aus dem Wehrdienst bis auf einen. Unsere erste Aufgabe war, nun sofort wieder mit unserer Verbandsleitung Fühlung zu nehmen. In einer Versammlung der hiesigen Kollegen wurden dem Kollegen Oskar Mohring der Vorstands- und Kassierposten übertragen, zu Kassieren wurden die Kollegen Ernst Florhöf und Willi Berthold gewählt, letzterer gleichzeitig als Schriftführer. Wir haben am 1. März den hiesigen Gesellen eine Lohnvorlage eingereicht, weil mit einem Stundenlohn von 1.20 M. auch hier nicht auszukommen war. Am 25. März hatten wir Verhandlungen mit den Meistern und haben uns auf einen Stundenlohn von 1.75 M. geeinigt, für Ueberstunden 30 Pf. und für Sonntagsarbeit 50 Pfennig Zuschlag pro Stunde. Ueberstunden und Sonntagsarbeit ist nur in dringenden Fällen gestattet. Der Lohnsatz ist am 31. März von den Meistern unterschrieben worden und trat mit dem 1. April in Kraft. Wenn wir auch das nicht bekommen haben, was wir eigentlich forderten, so können wir doch teilweise zufrieden sein und haben den Erfolg nur unserer Einigkeit zu verdanken.

**Augsburg.** Am Sonntag, dem 6. April, fand die Monatsversammlung der Zahlstelle statt, in der auch die Kollegen von Dillingen, Nordendorf und Nering anwesend waren. Der Vorsitzende begrüßte dieselben mit außerordentlich warmen Worten. Die Münchner Kollegen stehen im Streik, es ist alles ausbleiben, daß ihnen der Sieg wird. Auch wir haben ein großes Interesse daran, daß in München die Löhne zeitgemäß in die Höhe gebracht werden können, denn sonst sind auch wir in Augsburg gehemmt. Ueberdies ist der Lohn der Bauarbeiter viel höher als wie in unserem Gewerbe, trotzdem der Steinmetz eine ganz andere Verantwortung auf sich zu nehmen hat. Die Maßfester wird hier festlich begangen, wir müssen diesmal eine Siegesfeier veranstalten, denn die Maßfester von früher sind unmöglich geworden, und dieses bedeutet einen großen Sieg der Arbeiter.

Während des ganzen Verlaufes der Versammlung war zu ersehen, daß der Ausschuß sein Bestes einsetzt, um unsere Forderungen durchzusetzen und um den Hinterlistigkeiten der Herren Arbeitgeber entgegenzuarbeiten zu können, und zwar mit Erfolg. Die Versammlung dauerte 4 Stunden, ein Beweis, daß wir alles gründlich zur Besprechung brachten.

**Mit-Wachen.** Am 1. April fand bei Berdich eine sehr gut besuchte Steinarbeiterversammlung statt, zu der auch die im Gewerbezeitungsbeiratsrat, sowie auch die unorganisierten Steinbrecher und Arbeiter eingeladen und auch erschienen waren. Nach einem kurzen dem Ernst der Zeit entsprechenden Vortragsberichtete unsere Vorsitzende Kollege Reichelt über den Verlauf der Verhandlungen über das Tarifprovisorium. Nach der Berichterstattung wurde dem Gewerkschaftsmittels, sowie dem nichtorganisierten Mitarbeitern in überzeugenden warmen Worten ans Herz gelegt, aus ihrem Vornachschlaf zu erwachen, dem Gebot der Zeit zu folgen und zu tun, was sie sich selbst, ihrer Familie und ihren Mitarbeitern gegenüber schuldig sind und ein. bzm. überzutreten zum Zentralverband der Steinarbeiter Deutschlands, damit wir einig und stark dem Unternehmertum gegenüberstehen können. „Das Rad der Zeit läßt nicht zurück sich stellen und all das Bollwerk, was hemmend in des Rades Speichen laßt, das muß zerfallen.“ Zum 2. Punkt wurde Mitteilung über die Betriebsaussschüsse und ihre Tätigkeit gegeben. In den Betriebsaussschüssen wurden vorgelegt die Kollegen Reichelt, Jörnke und Wapold. Am Schluß der Versammlung appellierte der Vorsitzende nochmals an das Solidaritätsgefühl der Anwesenden. Nach Beendigung der Versammlung meldeten mehrere Kollegen ihren Ein- bzw. Uebertritt in unsern Verband an.

**Bilchofheim (Rhön).** Hier fand am 30. März eine gutbesuchte Bakalarbeiterversammlung statt. Kollege Lohse-Vitzburg war als Referent erschienen. Er schilderte insbesondere die Entwicklung und den gegenwärtigen Stand der Rhönbaldachindustrie. Gewerkschaftliche Zeitschriften wurden eingehend erörtert. Die Anwesenden anerkannten ohne weiteres die Notwendigkeit des gewerkschaftlichen Zusammenflusses und schloßen sich 32 Kollegen sofort dem Verbande an. Kollege Lohse versprach noch, sofort dafür zu sorgen, daß im hiesigen Betrieb der achtstündige Arbeitstag eingehalten wird (bisher wird noch 10 Stunden gearbeitet) und der dementsprechende Lohnausgleich geschaffen wird. Eine Dissoziation wurde gewählt. Es wurde der Wunsch ausgesprochen, daß die Zahlstelle nun auch zum dauernden Bestand des Steinarbeiterverbandes gehören möge.

**Breslau.** Nach zweimaliger Verhandlung mit den Meistern ist es uns gelungen, den Lohnsatz für Breslau zur Einführung zu bringen. In Klammern ist der bisherige Lohnsatz gesetzt. Der Stundenlohn beträgt (1.44 M.) 1.80-2.00 M. je nach Leistungsfähigkeit. Folgenden Passus mußten wir leider mit in Kauf nehmen, um den Lohnsatz nicht zum Scheitern zu bringen. Es bleibt den Arbeitnehmern überlassen, auch im Afford zu arbeiten. In diesem Falle beträgt der Prozentsatz zu dem bisherigen Affordtarif von 1918 (80 Prozent) 150 Prozent, für Schriftbaurer (50 Prozent) 80 Prozent bis 1. Juli, dann 100 Prozent. In der Versammlung wurde aber beschloßen, nur im Lohn zu arbeiten. Der Tarif gilt vom 31. März bis 1. Oktober 1919; wird er 4 Wochen vorher nicht gekündigt, so gilt er 1/2 Jahr länger. Der Zahlstelle gehören sämtliche Steinmetzen und Hilfsarbeiter an. Mitgliederstand 130.

**Demlt.** Zu den Meinungsunterschied zwischen der Redaktion des Korrespondenzblattes und der Redaktion des Steinarbeiters stellen wir uns in der Zollfrage ganz auf den Standpunkt des Steinarbeiterverbandes. Wir haben als Hartknechtarbeiter durch die zollfreie Einfuhr von schwedischen Kalksteinen bis jetzt hinlänglich durch den Kürzeren gezogen. Zu eine Verbilligung des Transportes durch den Staat ist unsere Produkte ist wohl nicht zu denken; der Staat wird nicht in der Lage sein, die Transportkosten zu erniedrigen infolge des ungünstig ausgefallenen Krieges. Im Interesse der Erhitzen der Steinarbeiter müssen wir vielmehr den Zoll auf schwedische Kalksteine fordern, wollen wir nicht als Steinarbeiter dem Ruin in aller nächster Zeit verfallen. Die Schweden sind auch durch den billigen Wassertransport im Vorteil mit gegenüber. Mit Freuden ist zu begrüßen, daß in Berlin ein Zentralverband der Steinindustrie gegründet werden soll, die Lage der Steinindustrie bedarf der Besserung. Heftigst machen die Unternehmer keine Schwierigkeiten. Auch unsere Zahlstelle soll diesem Verbande nach ein Mitglied stellen. Zu wünschen ist alsdann, daß dieser Zentralverband auch praktische Arbeit liefert.

**Duisburg.** Nach vierwöchigem Streik kam hier nachfolgender Arbeitsvertrag zustande: 1. Arbeitszeit. Die tägliche Arbeitszeit beträgt acht Stunden. Samstags ist eine Stunde eher freiergeben. Ueberstunden sind nur in ganz dringenden Fällen zulässig und werden mit 50 Prozent zu dem Stundenlohn vergütet. Sonntagsarbeit ist nur bei Abladen von Waggons, wenn die allgemeine Verfahrnung des Betriebes macht und wird mit 100 Prozent Zuschlag vergütet. 2. Arbeitslohn. Der Mindestlohn beträgt für Steinmetzen pro Stunde 2.40 M., vom 1. Juni an 2.50 M. Für Marmorarbeiter 2.30 M., vom 1. Mai 2.40 M., vom 1. Juni 2.50 M. Freitagabend Löhnauszahlung. 3. Kündigung. Organisierte Arbeiter sind nicht kündbar. Der begonnene Arbeitstag ist von beiden Seiten einzuhalten und ist der verdiente Lohn an demselben Abend auszuzahlen. Der Arbeitstag gilt als begonnen, wenn nicht am Abend vorher die Lösung des Arbeitsverhältnisses angezeigt ist. 4.

